

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

23.7.1932 (No. 170)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Kernprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsangelegenheiten  
Chefredakteur  
C. A. M. E. D.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Verleger im Druck und in der Öffentlichkeit nicht bekannt gemacht. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Verteilungsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 23. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Preußenklage vor dem Staatsgerichtshof

WZ, Leipzig, 23. Juli. (Tel.) Vor dem Staatsgerichtshof begann heute vormittag um elf Uhr die Verhandlung über die von den damaligen preussischen Staatsministern gegen die deutsche Reichsregierung beantragte einstweilige Verfügung, durch die dem von der Reichsregierung eingesetzten Reichskommissar aufzuerlegt werden soll, sich jeder Dienstausübung zu enthalten. Durch diese einstweilige Verfügung soll die öffentliche Verwaltung in Preußen eine vorläufige Regelung finden, bis über die Klage der ehemaligen preussischen Regierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen vom Staatsgerichtshof entschieden ist.

Die Verhandlung findet im Plenarsitzungsaal statt. Den Vorsitz führt Reichsgerichtspräsident Dr. Bunte, der zu diesem Zweck seinen Urlaub unterbrochen hat. Als Beisitzer sind die Reichsgerichtsräte Triefel, Schmitz (Berichterfasser) und Dr. Schmaß sowie die Obergerichtsgerichtsräte Dr. v. Müller (Berlin), Dr. Gumbel (München) und Dr. Striegler (Dresden) tätig. Die Klage wird von Ministerialdirektor im Botschaftsamt, Dr. Babi, und Ministerialdirektor Dr. Bredt sowie von Prof. Dr. Giese, Frankfurt a. M., vertreten. Für die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags ist Prof. Dr. Peters, Berlin, und für die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag Prof. Dr. Hermann Keller, Frankfurt a. M., erschienen. Das Reich wird durch den Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, Gottscheiner, vertreten. Als Zuhörer haben sich neben zahlreichen Pressevertretern, auch aus dem Reich, vor allem politisch inkonsequente Persönlichkeiten und namhafte Strafrechtslehrer eingefunden.

Zu Beginn der Sitzung richtete Reichsgerichtspräsident Dr. Bunte an die Zuhörer die ausdrückliche Bitte, alles zu vermeiden, was zu einer Störung der Verhandlung führen könnte.

Den Bericht erstattete Reichsgerichtsrat Schmitz. Der Antrag, über den verhandelt werden solle, lautet wie folgt: „Es wird beantragt, im Wege der einstweiligen Verfügung anzuordnen, daß sich der durch Verordnung des Reichspräsidenten für das Land Preußen eingesetzte Reichskommissar einstweilen jeder Dienstausübung zu enthalten hat.“

Dieser Antrag sei gestellt worden von dem Freistaat Preußen, vertreten durch das preussische Staatsministerium, unterzeichnet von den bisherigen Staatsministern Hertfelder und Severing. Dem Antrage hätten sich angeschlossen die Zentrumsfraktion und die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag. Der Antrag siehe selbstverständlich im Zusammenhang mit einem zur Hauptsache gestellten Antrag, der dahin gehe, daß die Einsetzung eines Reichskommissars mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehe. Wenn man auch annehme, daß die Sicherheit und Ordnung in Preußen nach Lage der Verhältnisse erheblich gefährdet oder gefährdet sei, so trage dazu jedenfalls die Tatsache nicht bei, daß zur Zeit in Preußen eine geschäftsführende Regierung im Amt sei. Die von dem Reichskommissar vorgenommenen Regierungsmaßnahmen hätten keinen Anspruch auf rechtliche Beachtung.

Der Vorsitzende, Dr. Bunte, betonte, daß die Telegramme der bayerischen und der badischen Staatsregierung an den Staatsgerichtshof nicht bezweckten, der preussischen Klage ohne weiteres beizutreten, sondern sie enthielten den Wunsch, daß der Staatsgerichtshof gewisse prinzipielle Fragen, die durch das Vorgehen der Reichsregierung akut geworden seien, entscheide.

### Entscheidung nicht vor Montag

WZ, Leipzig, 23. Juli. (Tel.) Im Laufe der Verhandlung des Staatsgerichtshofs erklärte der Vorsitzende, daß in Anbetracht des schwerwiegenden Falles nichts überhastet werden dürfe und eine Entscheidung nicht vor Montag zu erwarten sei.

### Schluß und Abstimmung in Genf

WZ, Genf, 23. Juli. (Tel.) Der erste Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz wurde heute vormittag vom Hauptauschuß mit der Annahme der Entschliebung abgeschlossen. Wegen die Resolution stimmten zwei Staaten, nämlich Deutschland und Sowjetrußland. Es enthielten sich der Stimme acht Staaten. Für die Resolution wurden 41 Stimmen abgegeben. Zahlreiche Delegationen, die für die Resolution stimmten, erklärten, daß sie sie nur unter Vorbehalten annehmen.

Zeitungsverbote. Das Dresdener Polizeipräsidium hat die kommunistische „Arbeiterstimme“ bis einschließlich 31. Juli verboten. Die in Stuttgart erscheinende „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ ist wegen eines Berichtes über die Rede des kommunistischen Führers Thälmann bis Mittwoch, den 27. Juli, verboten worden. — Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat die in Kiel herausgegebene sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ auf die Dauer von vier Tagen verboten. Anlaß zu dem Verbot gab ein in dieser Zeitung erschienener Artikel, in dem eine Verächtlichmachung des Reichstages erblickt wird.

### Letzte Nachrichten

#### Ankunft des Reichskanzlers in Stuttgart

WZ, Stuttgart, 23. Juli. (Tel.) Die württembergische Landeshauptstadt steht heute im Mittelpunkt der Reichspolitik. Obwohl die Zeit der Ankunft des Reichskanzlers in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden war, hatte sich doch im Hauptbahnhof eine größere Anzahl von Menschen angesammelt, um den Reichskanzler zu begrüßen. Am Bahnsteig selbst hatten sich zum Empfang u. a. der württembergische Staatspräsident Dr. Holz, der Präsident des württembergischen Landesfinanzamts, Dr. Reiffer, und Reichsinnenminister Fehr. v. Gahl, der gestern abend schon von Frankfurt a. M. hier eingetroffen war, eingefunden.

Um 9.35 Uhr fuhr der Berliner Schnellzug in den Bahnhof ein. Als der Reichskanzler, in dessen Begleitung sich Reichsarbeitsminister Dr. Schäfer, der persönliche Referent des Kanzlers, Min.-Rat Pukas, der württembergische Gesandte in Berlin, Staatsrat Dr. Wöslar, und Baron v. Versner befanden, dem Wagen entstieg, begrüßte ihn Staatspräsident Dr. Holz mit freundlichem Händedruck. Gleichzeitig ertönten aus nächster Nähe, wo sich zahlreiches Publikum angesammelt hatte, kühnliche Hoch- und Heilrufe, die sich, als der Reichskanzler in Begleitung des Staatspräsidenten sich in das Reichsbahnhofhotel begab, mehrfach wiederholten.

Die Ministerpräsidenten der Länder, die zum Teil schon gestern hier eingetroffen sind, begaben sich unmittelbar ins Staatsministerium, das, abseits vom Verkehr gelegen, in seinen schönen Räumen, seinem großen Park und dem Blick auf die im Glanze der Sonne liegende Stadt den Konferenzteilnehmern einen angenehmen Aufenthalt bietet.

Kurz vor 10 Uhr begab sich der Reichskanzler mit Staatspräsident Dr. Holz und den übrigen Herren in das Staatsministerium.

#### Tagung des Ueberwachungsausschusses

Am Freitag trat der Ueberwachungsausschuß des Reichstages, der infolge der Weigerung des Abg. Straßer von dem ältesten Ausschußmitglied, dem Abg. Heumann (Soz.) einberufen worden war, zusammen.

Zu der Sitzung waren außer den Nationalsozialisten die Vertreter der Deutschnationalen, des Landvolkes und der Deutschen Volkspartei nicht erschienen. Ein Vertreter der Reichsregierung war nicht anwesend, dagegen waren einige Gesandte von Länderregierungen erschienen. Es entspann sich zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte über die Rechtmäßigkeit der Einberufung der Ausschüsse. Nach Schluß der Geschäftsordnungsdebatte stellte der Vorsitzende, Abg. Dr. Höpner-München, fest, daß von keinem Redner die Rechtmäßigkeit der Einberufung des Ausschusses angezweifelt worden sei. In der Abstimmung erklärten sich sämtliche Anwesende für die Rechtmäßigkeit der Einberufung, mit Ausnahme des Abg. von Rindeimer-Wildau, der sich der Stimme enthielt.

Sozialdemokraten und Zentrum hatten übereinstimmende Anträge eingebracht, wonach der Ausschuß von der Reichsregierung die Außerkräftsetzung der Notverordnungen über die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen und über die Verhängung des Ausnahmezustandes für die Provinz Brandenburg verlangt. Sozialdemokraten und Zentrum forderten darüber hinaus die Aufhebung der beiden Notverordnungen gegen politische Ausschreitungen und die Sozialdemokraten auch die Aufhebung der Notverordnungen über die Arbeitslosenhilfe und Rechtspflege. Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei verlangt die Aufhebung der zweiten politischen Notverordnung, die das Uniformverbot aufgehoben hat. Auch die Kommunisten haben Zurückziehung des Reichskommissars für Preußen, Aufhebung des Belagerungszustandes und des Demonstrationsverbotes und weitere Maßnahmen beantragt. Ferner liegt ein Zentrumsantrag vor, der die Reichsregierung ersucht, angesichts der zunehmenden Verrohung und Verwilderung des politischen Kampfes die Wahlfreiheit unbedingt zu sichern. Um das zu erreichen, wird die Reichsregierung aufgefordert, ein allgemeines Verbot für Parteiformen zu erlassen, evtl. für den Wahltag selbst und den Tag vor dem Wahltag.

Reichstagspräsident Lohse verlas sodann einen Brief des Staatssekretärs Dr. Pangs, worin mitgeteilt wird, daß die Reichsregierung bereit sei, sich an den Beratungen des Ausschusses zu beteiligen, soweit der Gegenstand der Beratungen sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Ausschusses halte. Einstimmig fand in Anwesenheit des Abgeordneten v. Rindeimer-Wildau ein Antrag Höpners Annahme, wonach der Ausschuß es ablehnt, daß die Reichsregierung ihr Erscheinen vor Bedingungen abhängig macht. Der Termin der nächsten Sitzung, nämlich Montag nachmittags 2 Uhr, wurde dem Reichskanzler mitgeteilt, der telefonisch für die nächste Sitzung sein Erscheinen zusagen ließ.

Ein blutiger Zusammenstoß. Bei der Rückfahrt von einer Gillerlundebung in Biegnik kam es in Dunschlau spät abends zu Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten, Reichsbannerleuten und Laubaner Nationalsozialisten, in deren Verlauf ein Reichsbannermann getötet und mehrere Nationalsozialisten und Kommunisten verletzt wurden.

### \* Zwei politischen Lage

#### Die Reichsregierung in Preußen

Die verfloßene Woche wird für immer historische Bedeutung behalten: sie hat auf innerpolitischen, wie auf außerpolitischen Gebiet eine Reihe von Ereignissen gebracht, deren außergewöhnliche Tragweite niemand verkennen wird, der mit innerster Anteilnahme die politische Entwicklung unserer Zeit verfolgt. Das sensationellste Ereignis war zweifellos die Reichsregierung in Preußen.

Wer allerdings über die zur Zeit herrschenden Strömungen in Berlin, über die politischen Anschauungen der im Reich heute wirklich maßgebenden Männer genauer unterrichtet war, der mußte sich von vornherein auf Ereignisse tief einschneidender Art gefaßt machen. Und als gar der Kommunismus bzw. die „antifaschistische Aktion“ immer mehr in den Vordergrund trat, und eine blutige Schieberei die andere ablöste, mußte man wohl damit rechnen, daß zum mindesten der Reichsinnenminister Freiherr von Gahl eingreifen würde.

Der Kommunismus ist es jedenfalls, der den bisher herrschenden Parteien in Preußen einen sehr schlechten Dienst erwiesen hat. Denn sowohl der Reichspräsident selbst, wie sämtliche Mitglieder der Reichsregierung erblickten in dem Kommunismus politisch und kulturell den schlimmsten Feind, den heute eine Regierung zu bekämpfen hat. Und sie denken bezeichnenderweise nicht im entferntesten daran, auch nur die Möglichkeit eines Vergleichs zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus zuzulassen. Im Gegenteil! Für sie ist der Nationalsozialismus eine wertvolle Bewegung, deren Kräfte dem Vaterlande nutzbar zu machen sind.

Die Vorgänge in Kettchendorf und Altona sind es dann wohl gewesen, die den Stein zum Rollen brachten. Unaufgeklärt bleibt indessen noch immer die Frage, wie es zu so plötzlichen Entschlüssen kommen konnte, nachdem man noch zwei Tage vorher bei Erlass des Demonstrationsverbotes versichert hatte, man wolle die weitere Entwicklung abwarten und dann handeln. Entweder war diese Versicherung von vornherein nur als eine beschwichtigende Formel gedacht, und man war sich schon längst über die nächsten Maßnahmen im Klaren, oder es haben sich hinter den Kulissen in den Tagen zwischen dem 18. Juli und dem 20. Juli ganz bestimmte Dinge abgespielt, von deren Art wir nichts wissen, die aber so bedeutsam waren, daß sie Herrn von Papen und den Reichspräsidenten zum sofortigen Einschreiten veranlaßten.

Die badische Regierung hat vorgestern in einer Pressekonferenz beim Staatspräsidenten zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt und selber den Standpunkt vertreten, daß man die Klärung des Sachverhalts in Preußen abzuwarten habe, da wir hier in Baden gar nicht entscheiden können, was an den tatsächlichen Behauptungen richtig ist oder nicht. Es gilt hier, zunächst das Urteil des Staatsgerichtshofs abzuwarten. Mit der politischen Beurteilung der Dinge hat diese wohlüberlegte und durchaus korrekte Haltung des badischen Kabinetts als solchen natürlich nichts zu tun. Im übrigen ist auch die badische Regierung der Ansicht, daß die Reichsregierung bei der Reichsregierung in einzelnen Handlungen über das hinausgegangen ist, was nach dem ganzen Sinn des Artikels 48 der Reichsverfassung „nötig“ gewesen wäre. Und sie hat deshalb die bekannte Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof eingereicht. Es ist eine grundsätzliche Frage, die durch diese Aktion der badischen Regierung aufgeworfen wird. Zu dem Konflikt zwischen dem Reich und der Regierung Braun-Severing nimmt das Kabinett jedoch keine Stellung.

Vom Standpunkte des Föderalismus aus gesehen, wird man die Ereignisse in Berlin tief beklagen müssen. Und man kann deshalb nur dringend wünschen, daß sich die Verhältnisse in Bälde so gestalten, daß die Rückkehr zu normalen Zuständen möglich wird. Wir halten uns dabei an die feierliche Zusicherung des Reichskanzlers, daß die Selbstständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung nicht angetastet werden soll, daß die Reichsregierung vielmehr selber eine alsbaldige Beendigung des jetzigen Zustandes wünsche.

Der Reichskanzler hat in seiner Mundfunkansprache hervorgehoben, daß nur in Preußen die öffentliche Ruhe und Ordnung in erheblichem Maße gefährdet worden sei. Dieser Satz soll zweifellos eine Anerkennung für die übrigen Länder enthalten, und zwar namentlich für den Süden. Begründet wäre eine solche Anerkennung durch-

aus. Denn jeder aufmerksame Leser der Zeitungen weiß, daß blutige Ausschreitungen bei uns im Süden in der Tat zu den großen Ausnahmen gehört haben. Das wird sicherlich so bleiben. Und, was Baden anlangt, so hat noch vorgestern der badische Staatspräsident ausdrücklich betont, daß wir völlig in der Lage sind, mit unseren eigenen Kräften die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu garantieren, mag dadurch auch der badische Polizei eine Aufgabe aufgebürdet worden sein, die außerordentlich schwer sei. Ein Anlaß zum Einschreiten des Reiches wird in Baden also bestimmt nie vorliegen. Es ist nicht nur diese Garantie der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die uns beruhigen darf, sondern ebenso sehr die in allen Stürmen erprobte Loyalität der badischen Regierung dem Reich gegenüber. Mag das badische Kabinett über die einzelnen Notverordnungen denken, wie es will, an der loyalen und sorgsamsten Durchführung aller rechtsgültigen Verordnungen des Reiches ist nicht im mindesten zu zweifeln.

Übrigens sind sowohl die Reichsregierung, wie der Bevollmächtigte des Reichskommissars, Dr. Bracht, der Ansicht, daß der Eingriff in Preußen bereits vollkommen genügt habe, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Deshalb hat sich das Reichsinnenministerium entschlossen, mit Wirkung vom Sonntag, den 24. Juli ab, das Verbot für Umzüge aus Anlaß von Heimat- und Jugendfeiern, künstlerischen Festen und ähnlichen Veranstaltungen aufzuheben. Die Reichsregierung will offenbar, daß man diesen Schritt als den besten Beweis dafür auffaßt, daß die öffentliche Sicherheit nicht mehr ernstlich bedroht sei. Wichtig ist, daß die Telegraphenbüros und die Zeitungen seit dem Mittwoch nur noch ganz selten Meldungen über blutige Krawalle, Schießereien und Überfälle gebracht haben.

Am heutigen Tage treffen sich die Ministerpräsidenten der Länder auf Einladung des Reichskanzlers mit ihm, dem Reichsinnenminister und dem Reichsarbeitsminister in Stuttgart. Man mißt naturgemäß dieser Besprechung eine große Bedeutung bei. Übrigens hat sich der Reichskanzler bereit erklärt, in der Montagssitzung des ständigen *Aberwachungsausschusses* des Reichstags zur Wahrung der Rechte der Volksvertreter zu erscheinen. Bekanntlich hatte der Vorsitzende des Ausschusses, der nationalsozialistische Abgeordnete Straßer, die Einberufung des Ausschusses abgelehnt. Darauf hat der Reichstagspräsident von sich aus eine solche Einberufung herbeigeführt. In der gestrigen Sitzung waren außer den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und dem Landvolk alle übrigen Parteien erschienen.

#### Genf

Der erste Tagungsabschnitt der Genfer Abrüstungskonferenz liegt hinter uns. Es war eine Komödie und ein Trauerpiel zugleich. Es hat keinen Zweck, hier des näheren darauf einzugehen, in welchen Punkten sich die Mehrheit über gewisse Rüstungsvermindernungen geeinigt hat. Diese Punkte sind so nebensächlich, daß sie angeht des großen Programms der Abrüstung keine Rolle spielen können. Wenn jemand eine große Viehherde besitzt und davon ein Kälbchen und zwei Ferkel verkauft, dann wird niemand behaupten wollen, daß er sich ausverkauft habe. So hat auch das Urteil über die Entschliebung Benech zu lauten.

Die deutsche Abordnung in Genf hat ihrerseits alles getan, um die Interessen Deutschlands zu vertreten. So hat sie auch gestern im Hauptauschuß von neuem und in aller Form die Forderung nach Gleichberechtigung erhoben. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, auch weiter an den Arbeiten teilzunehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß die volle Abrüstung nach deutschem Muster nicht erreicht wird. Aber diese Mitarbeit kann sich nur vollziehen auf der Grundlage der zweifelsfreien Anerkennung unserer Gleichberechtigung. Praktisch bedeutet diese Anerkennung selbstverständlich nichts anderes, als

#### Karlsruher Konzerte

Fröhliche Musik löste mich schon von weitem entgegen, als ich — etwas verspätet — am Dienstagabend das Studentenhäus betrat. Erst glaubte ich, sie gehöre zu irgendeinem sommerlichen Ständchen, aber beim Näherkommen an den Konzertsaal selbst entpuppte sie sich doch rasch als eine von Mozarts Geist empfangene Weise. Sie gehörte allerdings dem weniger bekannten Konzert in Es-Dur für zwei Klaviere an, das (übrigens sehr nachahmenswürdig)

#### Sanna Pladt und Gertrud Baumann

auf ihr Programm gesetzt hatten. Beide Pianistinnen haben ja erstmals in diesem Winter einen ähnlichen Abend absolviert und waren schon dort trotz verschiedenster Herkunft — die erstgenannte ist Freiburgerin, die andere Karlsruherin — sich in Auffassung und Spielart recht nahegekommen. Das damalige Urteil läßt sich jetzt noch vielfach günstiger revidieren, besonders das Duetto concertante desselben Meisters (in der Bearbeitung Dusons) und fünf Walzer (op. 39) von Brahms beständig erneut und treffend ihre Spezialität für zweiklavieren Vortrag. Auch da schien die Wahl zudem äußerst glücklich, weil sie wieder alle Schwere vermied und die Hörer um so mehr entzückte, je heiterer und handlich üppig quellend sie war. Man möchte dieses Beispiel fast überall befolgt sehen, wo in schwüler Jahreszeit noch Musik an unser Ohr bringen soll! Denn nur dann vermag ein Konzert wirklich zu erfreuen und angenehm zu fesseln. Daher gab es auch keine gelangweilten Blide, als zum Schluß noch das *adornische Orchester* eine hübsche B-Dur-Ouvertüre von Schubert aufspielte. Hier wie schon zuvor beim Mozartkonzert und wohl auch bei der C-Dur-Sinfonie Bb. Emanuel Bachs, die den Abend eingeleitet hatte, bewährte es sich wieder vorzüglich; freilich bleibt zu bedauern, daß Musikdirektor Heinrich Cassimir unter seinen jungen Studenten anscheinend nur mit großer Mühe den einen oder anderen brauchbaren Bläser vorfindet, während die gegenwärtige Streicherbesetzung voll genügt.

H. Sch.

die Streichung der Entwaffnungsbekimmungen des Friedensvertrags.

Wie die gestrige Sitzung zeigte, sind Italien, Rußland, die Vereinigten Staaten und verschiedene kleinere Mächte von der Berechtigung unserer Forderung durchaus überzeugt. Der französische Ministerpräsident Herriot, der eine längere Rede hielt, hat jedoch jedes Eingehen auf die deutsche Forderung vermieden. Der englische Außenminister nahm eine vermittelnde Stellung ein und vertröstete Deutschland auf den zweiten, im Herbst stattfindenden Tagungsabschnitt der Konferenz; die Behandlung der Frage sei in diesem Augenblick nicht mehr gut möglich.

#### Russolini

Auch Mussolini ist offenbar mit dem, was in Lausanne und in Genf bis jetzt zustande gekommen ist, nicht zufrieden. Sonst hätte er bestimmt nicht gerade jetzt jenen auffallenden Wechsel seines Kabinetts vorgenommen und sich nicht dabei das Amt des Außenministers (und des Korporationsministers) selber vorbehalten. Eine unmittelbare Desavouierung des bisherigen Außenministers Grandi ist in der Maßnahme Mussolinis nicht zu erblicken. Grandi ist ja denn auch sofort auf einen der wichtigsten italienischen Botschafterposten berufen worden, auf den in London. Und, soweit wir uns in Deutschland über diese Dinge überhaupt ein Urteil erlauben können, hat Herr Grandi als Außenminister recht geschickt und sehr tapfer operiert. Deutschland hat alle Veranlassung, gerade diesem Manne für sein offenes Eintreten für uns dankbar zu sein. Und in der Weltgeschichte wird das Wort fortleben, das Grandi gegenüber den Reparationen gebraucht hat, das Wort: „Schwamm drüber!“

Aber Mussolini sieht die Dinge in Genf doch wohl als so verfahren an, daß er es für seine Pflicht hält, nun selbst in die Bresche zu treten, nun als Außenminister sich unmittelbar der Sache anzunehmen. Außenpolitisch drängt die ganze Situation in Europa zu ganz bestimmten Entscheidungen. So, wie bisher, geht es unter keinen Umständen weiter. Das ist sicher die Überzeugung, die alle vernünftigen Staatsmänner schon in Lausanne und noch mehr in Genf erworben haben. Und zweifellos wird Italien berufen sein, ein besonders gewichtiges Wort mitzureden bei diesen Entscheidungen, die in nächster Zeit fallen müssen, und bei den Abmachungen, die demnächst zu treffen sind. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich dabei auch um Abmachungen bindnismäßiger Art handeln könnte. Deutschland hat sich die Freiheit und die Selbstständigkeit seiner Entschlüsse gewahrt und wird nicht zögern, dort den Anker fallen zu lassen, wo ihm der beste Hafen winkt.

#### Ottawa

Inzwischen ist die große Wirtschaftskonferenz des britischen Empire in Ottawa, der Hauptstadt Kanadas, zusammengetreten. Auch diese Konferenz wird ein Ereignis von größter, vor allem wirtschaftspolitischer Bedeutung sein. Auf ihr Arbeitsprogramm und die damit zusammenhängenden Fragen werden wir noch in einem besonderen Artikel zu sprechen kommen.

#### Der kommissarische Leiter im preussischen Innenministerium Dr. Bracht im Rundfunk

In seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter des Reichskommissars für Preußen hielt am Freitag Dr. Bracht im Rundfunk eine Rede, aus der folgendes wiedergegeben sei:

Es lag nicht in der Absicht der Reichsregierung, mit der Amtsenthebung des Ministerpräsidenten und Innenministers den Ausnahmezustand zu verbinden. Erst die Erklärung des Herrn Staatsministers Severing, sich der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten nicht fügen und nur der Gewalt weichen zu wollen, machte einen beschränkten Einsatz der Machtmittel des Reiches notwendig. Wer in der Reichshauptstadt den Verlauf der Ereignisse der letzten drei Tage verfolgt hat, kann sich von der völligen Ruhe und Reibungslosigkeit, mit der die erforderlichen Übergangsmassnahmen abgewickelt wurden, überzeugen. Die Aufgabe, die mir der Herr Reichskommissar gestellt hat, hat mit parteipolitischen Randern nichts zu tun. Sie steht mir ganz einfach das Ziel, die Staatsautorität und die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Preußen auf überparteilicher Grundlage wieder herzustellen. Die Übergabe der Ministergeschäfte an die mit der kommissarischen Leitung der Ministerien beauftragten Herren ist im Laufe des heutigen Tages abgeschlossen worden. Somit ist eine geordnete Führung der laufenden Geschäfte im Lande Preußen nunmehr sichergestellt.

Das jetzt aus den kommissarischen Leitern der einzelnen Ressorts bestehende preussische Staatsministerium hat das freie und selbständige Land Preußen zu verwalten. Es ist daher nicht richtig, wenn behauptet wird, durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten sei die Selbstständigkeit Preußens im Rahmen der Reichsverfassung verletzt. Die staatsrechtliche Stellung Preußens ist durch die Maßnahmen unberührt geblieben.

Die Autorität des Staates ist nur gesichert, wenn der Staatsbürger die Überzeugung haben darf, daß allein nach staatspolitischen Gesichtspunkten regiert wird, wenn er anerkennen kann, daß es das vornehmste Streben aller Funktionäre des Staates ist, gerecht zu sein. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen hat dies nicht mehr an allen Stellen klar zum Ausdruck kommen lassen. Je mehr sich der Kampf um die politische Führung in Deutschland sich zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen aufblühte, desto mehr fanden in den preussischen Staatsapparat Tendenzen Eingang, die die Ausübung der Staatshoheit zur Bekämpfung des parteipolitischen Gegners zum Ziele hatten. Damit wurde die Staatsautorität an ihrer empfindlichsten Stelle, am Vertrauen des Volkes auf Gerechtigkeit, getroffen. Die neue preussische Staatsregierung hat aus diesem Grunde als erste ihrer Maßnahmen eine Reihe personeller Veränderungen verfügen müssen.

Voraussetzung für die Erhaltung der Staatsautorität ist, daß der Staat vorausschauend mit fester Hand diejenigen Gruppen bekämpft, die sich die Störung der öffentlichen Ordnung zum Ziel gesetzt haben. Es genüge nicht, wenn die

Staatsgewalt gegen Störungen erst eingesetzt wird, wenn sie erfolgt sind; es genügt nicht, die kommunistischen Terrorgruppen zu bekämpfen, wenn sie Feuerüberfälle auf demonstrierende Massen eingeleitet haben; sondern derartige Verbrechen müssen, bevor sie zur praktischen Auswirkung kommen, unterdrückt werden. Ich betrachte es nicht als Ziel einer Staatsregierung, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, indem weitgehend die politische Tätigkeit eingeschränkt wird, weil befürchtet werden muß, daß sich im politischen Kampf Gewalttaten ereignen können. Es muß vielmehr das Ziel sein, denen, die Gewalt in den politischen Kampf hineintragen, so rechtzeitig das Handwerk zu legen, daß die Betätigung der politischen Meinungsfreiheit ungehindert erfolgen kann. Es geht nicht an, daß die friedliebenden Teile der Bevölkerung auf die Dauer von Staats wegen in der Ausübung ihrer politischen Rechte behindert werden müssen, weil der Staat sich nicht dazu entschließen kann, gegen diejenigen, die kein Interesse am friedlichen Verlauf der politischen Auseinandersetzungen haben, mit aller Schärfe einzuschreiten. Ich werde deshalb alle Maßnahmen, die auf diesem Gebiete zu treffen sind, nicht auf Eingriffe beschränken, die erst wirksam werden, nachdem die Pistolen losgegangen sind, sondern ich werde systematisch dafür sorgen, daß die Waffen aus der Bevölkerung verschwinden.

Mit dieser Absicht stimmt auch mein fester Entschluß überein, alle Maßnahmen zu einer geordneten Abwicklung des Wahlkampfes und der Wahl selbst zu treffen. Die Maßnahmen der Reichsregierung, die von mir getroffenen Maßnahmen haben nichts mit einer Wahlbehinderung zu tun. Im Gegenteil: Es ist meine erste und wichtigste Aufgabe, eine Terrorisierung des Wahlkampfes zu verhindern.

Zum Schluß möchte ich in aller Öffentlichkeit meinem sehrlichen Wunsch Ausdruck geben, daß es auch in Preußen gelingt, recht bald geordnete parlamentarische Verhältnisse herzustellen und die kommissarische Verwaltung des Landes zu ersetzen durch eine vom Landtag gewählte Regierung.

#### Arbeit und Verantwortungsbewußtsein

Reichsinnenminister von Gahl

auf dem Frankfurter Sängerkongress

In der volksdeutschen Weisheit des Frankfurter Sängerkongresses, zu der auch viele ausländische Sänger erschienen waren, sprach der Reichsinnenminister v. Gahl, einleitend die Würdigung des Langtagsbeschlusses mitteilend, wodurch der große Festzug des Sängerkongresses am Sonntag ermöglicht ist. v. Gahl fuhr dann fort:

Das Deutschtum in der Welt ist auf Gedeih und Verderb mit dem Deutschen Reich verbunden, das Kraft und Reichtum genug besitzt, um einen festen Rückhalt zu bilden für alle Deutschen, die außerhalb der Grenzen leben. An machtpolitischer Kraft und materiellen Gütern ist Deutschland heute ärmer denn je, das weiß die ganze Welt, und darüber wollen wir klar sehen und deutlich reden. Wir haben noch einen weiten Weg zurückzulegen, der vielleicht erst noch weiter abwärts führt, bis wir bereit sind wieder die Höhe gewinnen, auf der wir frei atmen und uns gesund entwickeln können. Die Folgen der furchtbaren Ereignisse, die wir in den letzten Jahrzehnten durchlebt haben, werden wir auch bei äußerster Anstrengung niemals in wenigen Jahren überwinden können. Und dennoch liegt kein Grund vor zum Verzweifeln und zu widerstandslosem Treibenlassen in der Flut der Zeit. Sind wir arm geworden an äußerer Kraft und materiellem Reichtum, können wir reich sein an innerer Kraft, wenn wir wollen, und wenn wir zurückgreifen auf die Schätze, die in der Seele des deutschen Volkes vorhanden sind.

Tief in meinem Herzen bin ich davon überzeugt, daß wir trotz Not und Sorge der Gegenwart ein aufsteigendes Volk sind, wenn wir den Glauben an uns selbst haben, wenn wir die Kräfte der deutschen Seele wieder freilegen, die uns entgegenstrahlen aus den Augen der deutschen Jugend, die sich uns zeigen überall da, wo wirklich Wertvolles in deutschen Landen geschaffen wird, die uns entgegenkommen aus Meisterwerken deutscher Kultur und Kunst und die sich uns gelegentlich offenbaren in wahrhaft vaterländischem Idealismus und Begeisterung weiteher Volkskreise, wie wir es in diesen Tagen sehr in Frankfurt erleben. Bestimmen wir uns in unserer äußeren Armut, wie reich wir als Volk dennoch sind! Es gilt heute, den inneren Reichtum der Nation zu erhalten, indem wir ihn erwerben, um ihn zu besitzen und ihn zu erhalten, indem wir ihn fortpflanzen.

Wollen wir einen Staat wieder aufbauen, der seinen Bürgern Freiheit und Eintracht gewährleistet und der Heimat sein soll den vielen Volksgenossen in allen Teilen der Welt, dann gilt es zu arbeiten. Der Ruf, Arbeiter zu sein, ergeht an alle, die deutsch denken und fühlen. Auf dem übermenschlichen Verantwortungsbewußtsein beruht das Verantwortungsgesetz, das noch in Millionen deutscher Seelen lebt als treuer und in seiner Auswirkung stärkter Reichtum der Nation. Diese Gefühle finden ihren weitesten Ausdruck im selbstlosen Dienen an Volk und Staat. Dienen am Volk ist Pflicht des Staatsmannes wie jedes einzelnen Bürgers. Wir leben in einer Zeit, in der der Auftrag der Nation zu neuen Zielen und Anschauungen des Lebens beginnt. Wir stehen an der Schwelle eines neuen Zeitalters unseres Volkes, vielleicht der Welt. Noch fehlt die Klarheit über die Ziele, noch sind die Wege ungewiß, die wir zu beschreiten haben. Es ist selbstverständlich, daß in solchen Zeiten die Meinungen in heißem Kampf aufeinanderprallen und tiefe Risse durch unser Volk gehen. Aber gerade in solchen Zeiten müssen wir alle, aufbauend auf den besten Überlieferungen unserer Geschichte und unserer deutschen Kultur, vorwärtsblicken, ohne daß das Blickfeld eingeengt wird durch gesellschaftliche oder wirtschaftliche Scheuklappen. Je mehr deutsche Volksgenossen aller Richtungen die Forderung des Tages erfüllen durch selbstloses Dienen am Staat, je mehr Deutsche unserer Vergangenheit und Kultur bewußt, unter Hintanzetzung alles dessen, was uns trennt, mithelfen, einen neuen Weg in die Zukunft zu suchen, desto eher werden wir die Höhe, die wir alle anstreben, im gleichen Schritt und Tritt erreichen — die Deutschen jenseits und diesseits der Grenzen des Reiches — und desto kräftiger wird die Grundlage sein für das gesamte deutsche Volkstum in der Welt.

Daß in diesem Sinne von der heutigen Weisheit in Frankfurt ein reicher Segen ausströme für die kommende Entwicklung der inneren Kraft unseres Volkes, für seine gesamte Zukunft, für alle seine Teile, wo überall in der Welt sie wohnen mögen, das ist mein heißer Wunsch in dieser Stunde. Möge dieser Wunsch in Erfüllung gehen zum Besten unseres geliebten deutschen Volkstums, zu dem wir uns in dieser Not doppelt ernst bekennen wollen, weil wir wissen, daß für uns nur ein deutsches Leben erträglich ist. (Beifall)

Die zu dem 11. Deutschen Sängerkongress erwarteten 40 000 Sänger waren am Freitag fast vollständig eingetroffen. Der Tag wurde mit einer einbräutlichen Feier in der Paulskirche eingeleitet. Die Festrede hielt der Vorsitzende des Festauschusses, Reichsammrat Dr. Hermann, Frankfurt a. M. — Der Obmann des Österreichisch-Deutschen Volksbundes, Wien, Generaldirektor Dr. Neubacher, legte ein begeistertes Bekenntnis für den Anschlußabenden ab.

11

## Ruhige Entwicklung in Preußen

### Milderung des Demonstrationsverbots — Neue Haftbefehle — Eine bayerische Erklärung — Beschlüsse des Zentrums

Nachdem in den letzten Tagen die Störungen der öffentlichen Ordnung wesentlich nachgelassen haben, hat der Reichsminister des Innern durch eine Verordnung vom 22. Juli 1932 Milderungen des bestehenden Demonstrationsverbots vorgenommen. Das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und von Aufzügen gilt nach der neuen Verordnung, die mit Sonntag, den 24. Juli 1932, in Kraft tritt, nicht mehr für Gedenktage, Trachtenfeste und sonstige Veranstaltungen, die der Förderung künstlerischer, kultureller oder heimatsicher Zwecke dienen, wenn sie von Körperschaften oder Vereinigungen unpolemischer Art veranstaltet werden. Dennoch sind auch diese Veranstaltungen 48 Stunden vorher der Ortspolizeibehörde anzumelden, und können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu besorgen ist. Gewöhnliche Leichenbegängnisse, hergebrachte Hochzeiten, fischliche Prozessionen, Witzgänge, Wallfahrten und überhaupt Veranstaltungen gottesdienstlicher Art fallen nicht unter das Demonstrationsverbot.

Der Militärbefehlshaber von Groß-Berlin und Provinz Brandenburg hat am 22. Juli gegen die Reichsbannerführer Major a. D. Anker und Robert Breuer Schutzhaftbefehle erlassen. Die beiden Genannten sind, wie sich aus einem Artikel der „Berliner Börsenzeitung“ vom 21. Juli 1932 und einer Vernehmung des Berichterstatters der genannten Zeitung ergeben soll, dringend verdächtig, in einer Versammlung der Eisernen Front am 20. Juli die Reichsregierung und die Träger der vollziehenden Gewalt beschimpft und die Eisere Front zur Illegalität aufgefordert zu haben. Dadurch haben sie die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet.

Robert Breuer wurde am Samstagvormittag festgenommen. Der Reichsbannerführer, Major a. D. Anker, hat sich, bevor ihn der Haftbefehl erreichen konnte, nach Darmstadt begeben. Da der Schutzhaftbefehl nur für den Bereich Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg Geltung hat, und ein richtiger Haftbefehl nicht vorliegt, ist es nicht möglich, Anker in Darmstadt festzunehmen.

Aus Kreisen der Schutzpolizei war dem Militärbefehlshaber am 21. Juli 1932 mündlich gemeldet worden, daß der Polizeimajor Ende im Einvernehmen mit Polizeikommandeur Heimannsberg und Herrn Carlberg die Wiedereinführung des Polizeikommandeurs Heimannsberg in sein bisheriges Amt auf gesetzlichem Wege betreibt. Auf Grund dieser Anzeige wurden die Genannten am frühen Morgen des 22. Juli in Haft genommen. Die Untersuchung, die sich über den 22. Juli hingezogen hat, hat ergeben: Die Ermittlungen über den Polizeimajor Ende geben Anlaß zur Einleitung einer strafrechtlichen Verfolgung. Er verbleibt in Schutzhaft. Dem Polizeikommandeur Heimannsberg konnte die Teilnahme an den Bestrebungen des Polizeimajors Ende nicht nachgewiesen werden. Polizeikommandeur Heimannsberg hat betont, daß er solche Bestrebungen unter allen Umständen ablehnen würde. Der gegen Herrn Carlberg bestehende Verdacht hat sich nicht als genügend bestätigt. Die beiden Letzgenannten wurden aus der Schutzhaft entlassen.

Auf Anordnung des kommissarischen Ministers des Innern hat der Polizeipräsident von Berlin einige Änderungen in der Geschlechtsverteilung innerhalb seiner Verwaltung beschlossen. In der politischen Abteilung ist sichergestellt, daß die Bearbeitung der sog. „Radikal-links-Bewegung“ in der Hand von Dezernenten liegt, die in ihrer politischen Überzeugung sich von dieser Bewegung klar abheben. In der Abteilung IV, in der a. a. kulturelle Angelegenheiten bearbeitet werden, werden in Zukunft alle kulturellen Fragen durch Dezernenten bearbeitet, die für ihre Person auf dem Boden christlicher Weltanschauung stehen.

Für die Berliner Schutzpolizei wurde sofort die Urlaubssperre verhängt. Die Beamten, die sich unterwegs befanden, wurden sofort telegraphisch zurückgerufen.

Am Freitagabend hat eine preußische Staatsministerialisierung stattgefunden. Sie galt in erster Linie der Regelung von Personalfragen, und zwar rechnet man damit, daß schon jetzt ein Teil der Stellen in der höheren Verwaltung neu besetzt wird, die durch die Verschiebung frei geworden sind.

Der Reichskommissar für das Bankgewerbe, Dr. Ernst, hat die Geschäfte im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe übernommen.

Der Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, beschäftigt sich in der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ in einem längeren Artikel mit den Notmaßnahmen des Reiches in Preußen und erklärt u. a., man dürfe die bayerische Protestaktion keineswegs so auffassen, als ob Bayern für das bisherige parteipolitische System in Preußen Hinfälligkeit leisten wolle. Das Vorgehen Bayerns liege durchaus im Sinne der bisherigen bayerischen Bemühungen, die Anwendbarkeit des Art. 48 in der Frage der Reichsreform festzustellen, der die Bayerische Volkspartei als bayerische und als großdeutsche und föderalistische Partei gegenüberstehe. Schon mit der Anwendung des Art. 48 unter Brüning sei Bayern nicht einverstanden gewesen. Bayern, so wird in dem Artikel immer wieder betont, handle als keineswegs aus parteipolitischer Befangenheit gegenüber der neuen Reichsregierung.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat als Ergebnis ihrer Beratungen eine Entschließung angenommen, die auch vom geschäftsführenden Parteivorstand gebilligt wurde. In dieser Entschließung wird erklärt, daß die tatsächlichen Voraussetzungen für die Anwendung des Art. 48 in der Preußenfrage nicht vorliegen; weder habe Preußen seine Pflichten aus der Reichsverfassung oder aus Reichsgeetzen nicht ordnungsgemäß erfüllt, noch sei durch das Verhalten der preussischen Staatsregierung die öffentliche Sicherheit und Ordnung innerhalb Preußens gefährdet worden. Wenn seit dem Austritt des Kabinetts Brüning die öffentliche Ordnung und Sicherheit bedenklich gefährdet worden seien, so beschränkten sich diese Erscheinungen weder auf das Land Preußen, noch seien sie durch das Verhalten der preussischen Staatsregierung verursacht worden. Die Vorgänge in Preußen seien vielmehr, wie es in der Entschließung heißt, den verfehlten Maßnahmen des Kabinetts v. Papen zuzuschreiben. Die Zentrumsfraktion sei gewillt, nach dem Zusammentreten des Preussischen Landtags alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten zu erschöpfen, um ihrer Auffassung Geltung zu verschaffen. Die Entschließung befreite die Verantwortung, daß durch die Schuld der Regierungsparteien den Kommunisten im Preussischen Landtag eine Schlüsselstellung eingeräumt worden sei. Vielmehr sei das Anerkennen der Kommunisten abgelehnt worden, das Landtagszentrum ausschließlich mit Mitgliedern des Zentrums und der SPD. zu besetzen. Ebenfalls könne das Vorgehen der Reichsregierung mit der bisher nicht erfolgten Wahl des Ministerpräsidenten begründet werden.

Der deutsche Flieger v. Gronau ist Freitagabend kurz vor 7 Uhr glatt in Seydisfjord gelandet.

Wegen des Anschlages auf Reichsbankpräsident Dr. Luthardt wurde Rechtsanwalt Dr. Max Roosen zu zehn Monaten Gefängnis und Nationalökonom Kertzhfer zu neun Monaten zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Ein mit Kies beladener Anhänger eines Lastkraftwagens, der an einer abschüssigen Stelle vom Triebwagen abgerissen war, überfuhr in München mehrere Passanten, von denen vier tödlich verletzt wurden.

## Badischer Teil

### Maßnahmen zur Milderung der Not der Unwettergeschädigten im Kaiserstuhlgebiet

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Auf Grund des Berichtes des Landeskommissars von Freiburg, welcher sofort nach Eintreffen der Unwettermeldungen eine Besichtigung des Unwettergebietes vorgenommen hatte, wurde die Genehmigung zur Veranstaltung einer öffentlichen Sammlung zugunsten der Unwettergeschädigten erteilt. Die Sammlung ist bereits bekanntgegeben worden. Als dringende Maßnahme wurde die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide angesehen. Mit Hilfe des vom Staatsministerium aus dem allgemeinen Fonds der Regierung bereitgestellten Betrages von 5000 M ist die Abgabe von hart verbilligtem Roggenmehl an die Geschädigten eingeleitet.

Wegen weiterer Maßnahmen wie Steuernachlaß, Abgabe von Propaganda zu verbilligtem Preis, Lieferung von Saatgetreide, Futtermittel u. a. sind sofort Verhandlungen mit den zuständigen Stellen aufgenommen worden.

### Der Landtagspräsident im Kaiserstuhlgebiet

Dieser Tage machte der badische Landtagspräsident Duffner eine Fahrt durch das Katastrophengebiet, um sich selbst über das Ausmaß der Schäden zu überzeugen. Im Anschluß daran berichtete er an das Staatsministerium und erwirkte eine rasche erste Hilfe für die Geschädigten.

### Ein vergessenes badisches Jubiläum

Wie die „Deutsche Juristen-Zeitung“ mitteilt, waren es am 26. Januar 1832 gerade hundert Jahre, daß als erstes deutsches Land das ehemalige Großherzogtum Baden zur Einführung von Staatsanwälten kam. Dieses Ereignis bedeutete einen Wendepunkt der deutschen Rechtsgeschichte, hat es sich doch damals um den Eintritt einer völligen Änderung in der Auffassung des Strafverfahrens und der Stellung des Angeklagten gehandelt. Die neuen Staatsanwälte hatten die Anklage vorzubereiten und zu erheben, worauf dann eine geheime Voruntersuchung stattfand, während das Urteil nach öffentlicher mündlicher Verhandlung, in der die Staatsanwaltschaft die Anklage zu vertreten hatte, erging. Eine Erweiterung des Tätigkeitsbereichs der badischen Staatsanwaltschaft erfolgte durch das sogenannte Refurgesetz von 1837, das ihr eine Aufsichtsfunktion über die Behandlung der Strafsachen an den Hofgerichten, die Vollziehung der Urteile und eine Aufsicht über die höheren Strafjustizialen übertrug. Allgemein führte den Staatsanwalt Württemberg als erster Staat im Jahre 1843 ein. Eine Vereinheitlichung für das ganze Deutsche Reich brachte erst die große deutsche Reichsjustiz-Gesetzgebung von 1879, bei deren Inkrafttreten nur die beiden Weckenburg und die beiden Lippe noch keine Staatsanwaltschaft besaßen.

**Zuviel Magensäure — unangenehme Geschichte,**  
doch dem ist schnell abgeholfen, einfach ein Glas



**Überkinger Adelheidsquelle**

Trinken und Sie sind das Übel los. Sie bekommen die Überlast, den interessanten Prospekt schicken Ihnen kostenlos die Mineralbrunnen A.-G. Bad Überkinger.

Gen.-Vertr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe, Zirkel 30, Telefon 255.

### Aus der Landeshauptstadt

**Jugertete am Verfassungstag.** Nachdem der Verfassungstag, 11. August, in Baden als gesetzlicher Feiertag aufgehoben worden ist, verkehren die Reisefüge im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe an diesem Tag allgemein wie an Werktagen. Dementsprechend ist der Verkehr bei den im Bezirk Karlsruhe verkehrenden Sonntagszügen „und am 11. August“, hinfällig.

**Stellenlose Jungatademiker.** Es besteht an der Technischen Hochschule Karlsruhe auch im kommenden Wintersemester für stellenlose Jungatademiker die Möglichkeit des gebührenfreien Besuches von Vorlesungen. Es ist außerdem daran gedacht, kostenlose Sonderkurse einzurichten, wenn sich eine Notwendigkeit bei dazu ergeben sollte. Vorschläge und Anmeldungen sind zu richten an die Beratungsstelle für stellenlose Jungatademiker, Karlsruhe, Studentenhans.

**Wach im Rundfunk.** Es sei hiermit auf eine bemerkenswerte Sendung des süddeutschen Rundfunks aus Karlsruhe Montag, den 25. d. M., 10.15 Uhr, besonders hingewiesen. Es handelt sich um die erstmalige Aufführung eines Teils von Bachs letztem Werk „Die Kunst der Fuge“ in der Bearbeitung von Georg Darmstadt. Diese unterscheidet sich von den früheren Bearbeitungen (Graefer, David) nicht nur durch die Art der Instrumentation, sondern vor allem auch dadurch, daß die zweifelhafte Kanons mehrstimmig gesetzt sind, wodurch ihr harmonischer Bau weit klarer und eindringlicher zur Geltung kommt. Die Montag-Aufführung bringt diejenigen 5 Nummern, die für Streicher (Orchester und Soli) gesetzt sind. Leiter der Aufführung ist Georg Darmstadt.

**Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus.** Der Spielplan sieht für Samstag, 23. Juli 1932 die Erstaufführung der Operette „Die Geisha“, von Sidney Jones unter der musikalischen Leitung von Bruno Jäger vor. Die Inszenierung besorgte Emil Reihner. „Geisha“ zählt zu den erfolgreichsten Operetten der Welt. Ihre Musik ist vollstimmig geworden. Wo sie nur eingeführt wurde, gewann die Operette mit ihrer erotischen Romanik und ihren reizvollen Längen beispiellose Popularität. Es wirken mit: die Damen Schwarz, Hellmuth, E. Rivinius, S. Lindemann, Schnaß, Hofer, Köhler, Kraker, Eberl, Dahlinger, Fischer und die Herren Pierment, E. Rivinius, Schweiß, Mateo, Schöthaler, Schärer, Rader, Rehner. Die Vorstellung beginnt 20 Uhr.

**Weiterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe,** vom Samstagmorgen: Auch heute ist von keiner Änderung der Wetterlage zu berichten, so daß mit Fortdauer der bestehenden Bitterung zu rechnen ist. Voraussage: Fortdauer der bestehenden Bitterung.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**11b. Mannheim, 22. Juli.** Am Donnerstag ist am Finsterhorn der Mannheimer Jugendrichter, Amtsgerichtsrat Birthein, tödlich abgestürzt. Über die näheren Einzelheiten des Unglücks liegen noch keine Nachrichten vor. Wie der „N. B. L.“ von Mannheimer Bergsteigern mitgeteilt wurde, soll Amtsgerichtsrat Birthein zusammen mit einem anderen Mitglied der Sektion Mannheim des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins Touren im Berner Oberland verabredet haben. Ob diese Touren, insbesondere diejenige auf das Finsterhorn, nun auch gemeinsam ausgeführt worden sind, ist bis jetzt noch nicht bekannt.

**13. Baden-Baden, 22. Juli.** Der amerikanische Botschafter in Berlin, Frederic W. Sadtet und Frau Sadtet sind zum Kuraufenthalt in Baden-Baden eingetroffen und im Brenners-Hotel „Stephanie“ abgestiegen.

**11d. Baden-Baden, 22. Juli.** Der Internationale Club schreibt: „Die Finanzierung der Rennen war noch nie so schwierig wie in diesem Jahr. Es ist gelungen, die nötige Zuschusssumme bis auf etwa ein Zehntel zusammenzubekommen. Diese verhältnismäßig kleine Summe aufzubringen ist Pflicht der an der Abhaltung der Rennen interessierten Kreise. Die Vertreter der in Frage kommenden Kreise äußerten einstimmig die Ansicht, daß trotz oder gerade wegen der wirtschaftlichen Notlage alles versucht werden müsse, um die Abhaltung der Rennen zu ermöglichen.“ Der Internationale Club richtet an die Bürgererschaft den Appell, an der Aufbringung der noch erforderlichen Summe mitzuwirken, damit das Meeting gesichert werden kann.

**13b. Lahr i. B., 22. Juli.** Der hoch in den 50er Jahren stehende Sparkassenamtmann Hermann Reichardt hat sich heute abend im Büro der Sparkasse, vor seinem Schreibtisch sitzend, in die Schläfe geschossen und ist bald darauf gestorben. Als Ursache des Selbstmordes kommen keinerlei dienstliche Verfehlungen in Frage. Vielmehr darf es als ziemlich sicher gelten, daß er aus gekränktem Gemüte in den Tod gegangen ist. Er hatte gehofft, Direktor der Lahrer Sparkasse zu werden. Doch wurden diese Pläne vereitelt durch Angriffe, die gegen die gesamte Sparkassenführung wegen ihrer Kreditpolitik erhoben worden sind. Das alles hat sich Reichardt so zu Herzen genommen, daß er in einem Anfall von Depression, die man schon seit einigen Tagen ihm anmerken konnte, zur Waffe griff.

**13. Gutach (Amt Wolfach), 22. Juli.** Seit Dienstagabend wird das 3½-jährige Töchterchen des Bahnbeamten Brülke vermisst. Man nahm ursprünglich an, daß das Kind in die Gutach gefallen und ertrunken sei. Jetzt taucht der Verdacht auf, daß das Kind nicht ertrunken, sondern geraubt worden ist. Eine unbekannte Frau soll das Kind entführt und in ein Auto verbracht haben.

**13. Konstanz, 22. Juli.** Hier sichten zwei junge Burischen von Grenschen (Kanton Solothurn) unterhalb der Archbrücke eine Kartonschachtel aus der Kasse. Diese enthält die Leichen von Zwillingknaben, welche vor etwa 8 Tagen, unmittelbar nach der Geburt in die Schachtel gelegt worden waren. Es ist eine Untersuchung im Gange.

### Handel und Wirtschaft

#### Devisennotierungen der Reichsbank

	23. Juli		22. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.68	170.02	169.68	170.12
Kopenhagen 100 Kr.	80.47	80.63	80.57	80.73
Italien . . . 100 L.	21.46	21.50	21.46	21.00
London . . . 1 Pf.	14.95	14.99	14.96	15.00
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.485	16.525	16.485	16.525
Schweiz . . . 100 Fr.	81.89	82.05	81.89	82.05
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

### Staatsanzeiger

**Lebensrettung.**  
Dem 5½ Jahre alten Walter Manfred Weil in Stein am Kocher, der anfangs März 1932 durch mutiges, entschlossenes Handeln den 7 Jahre alten Volksschüler Ernst Rothhoff aus Stein am Kocher vom Tode des Ertrinkens im See des Wasserfalls Pfaffenried in Stein am Kocher gerettet hat, spreche ich hiermit

eine öffentliche Belobung aus.

Mannheim, den 19. Juli 1932.  
Der Landeskommissar:  
Scheffmeier.

### Personeller Teil

#### Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern**  
Ernannt:  
Polizeiaffistent Edward Frey zum Polizeisekretär in Pforzheim.

**Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:**  
Professor Dr. Martin Schlegel, Direktor des Tierhygienischen Instituts der Universität Freiburg und Oberpfleger Thomas Hägels an der Heil- und Pflegeanstalt in Emmendingen.

**Verstorben:**  
Gendarmeriehauptwachmeister Albert Reimann in Herrschried.

### Badisches Landestheater Karlsruhe

**Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus.**  
Spielplan vom 26. bis 31. Juli 1932.  
Dienstag, 26. Juli. Die Geisha, 20 bis gegen 22.30 (2,60).  
Mittwoch, 27. Juli. Die Dollarprinzessin, 20 bis gegen 23 (2,60).  
Donnerstag, 28. Juli. Die Geisha, 20 bis gegen 22.30 (2,60).  
Freitag, 29. Juli. Friederike. Singpiel von Ludwig Herzer und Fritz Köhner. Musik von Franz Lehár. 20 bis 23 (2,60).  
Samstag, 30. Juli. Zum erstenmal: Das Weib im Purpur. Operette von Leopold Jacobson und Rudolf Desreuxer. Musik von Jean Gilbert. 20 bis gegen 23 (2,60).  
Sonntag, 31. Juli. Die Geisha, 19.30 bis gegen 22 (2,60).  
In Vorbereitung: „Das Weibchen vom Montmartre“.

### UNIVERSITÄT KÖLN

Winter-Semester 1932/33  
 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche, Rechts-  
 wissenschaftliche, Medizinische (auch vorklinische  
 Semester) und Philosophische Fakultät.  
 Kaufmännisches und Handelslehrerstudium.  
 Vorlesungsbeginn: Mittwoch, den 2. November.  
 Die Einschreibefrist läuft vom 15. Oktober bis 11. November  
 ein. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitäts-  
 Sekretariat gegen Einsendung von 50 Rpf. (dazu 15 Rpf.  
 Porto) bezogen werden. L.730

**6%ige Kohlenwertanleihe der Stadt Mannheim vom Jahre 1923.**  
 Die nach dem Tilgungsplan auf 1. November 1932 zur Heimzahlung fälligen Stücke obiger Anleihe sind von der Stadt freihändig erworben worden. Eine Verlosung findet demnach in diesem Jahre nicht statt.  
 Mannheim, den 19. Juli 1932. 3.975  
 Der Oberbürgermeister.

### Verwaltungs- und Grundbuch-Ratschreiber

gewissenhafter Arbeiter mit reicher Erfahrung  
 — 11 Dienstjahre —  
 sucht  
 bei bescheidenen Ansprüchen sich zu verändern.  
 Würde auch Stellvertreterdienst mit Aussicht auf spätere Anstellung übernehmen. Verwaltungs- oder Grundbuchdienst, gleichviel bevorzugt. In Zeugnisse stehen zur Verfügung. Zuschriften unter Nr. 2.976 an die Exped. der Karlsruh. Zeitung, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 14.

### Bezirkssparkasse Rheinbischofsheim

— Öffentliche Verbandssparkasse —

**Bilanz auf 31. Dezember 1931**

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Rassenvorrat	30 994,71	Spareinlagen	1 717 177,99
Guthaben bei Girozentralen, Banken und Postsparkassamt	45 650,12	Aufwertungs- und Sparspareinlagen	1 046 195,69
Giroforderungen	810,34	Aufwertungsabrechnungsfondo	18 098,23
Bertpapiere	71 635,38	Anlehensschulden	31 386,48
Wechsel	60 896,74	Giro- und Kontokorrenteinlagen	71 713,95
Darlehen auf Hypothek	1 416 254,77	Rücklagen:	
in lfd. Rechnung	177 514,14	a) von früheren Jahren	72 427,51
auf Schuldschein	199 251,22	b) vom Jahre 1931	69 326,87
an Gemeinden	101 182,—	c) Sonderrücklagen	12 294,—
Aufwertungsforderungen	833 496,01		
Einnahmerückstände	41 884,57		
Grundstücke u. Gebäude	48 446,72		
Gerätschaften	10 594,—		
	3 038 610,72		3 038 610,72

**Berechnung der Rücklage:**  
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
 5% aus 2 835 087,63 RM Spareinlagen = 141 754,38 RM  
 Sie beträgt auf Schluss des Jahres 141 754,38 RM  
 Somit Ausgleich.  
 Rheinbischofsheim, den 18. Juli 1932. 5.68  
 Der Verwaltungsrat der Bezirkssparkasse Rheinbischofsheim.

### Bezirkssparkasse Lörrach

(Öffentliche Verbandssparkasse)

**Bilanz per 31. Dezember 1931**

RM	RM		
Rassen	49 380,37	Spareinlagen	4 806 615,89
Banken	61 836,12	Giroeinlagen	816 386,37
Termingelder	750 000,—	Kontokorrentguthaben	92 826,55
Wechsel	154 279,70	Girozentralen	100 167,17
Eigene Wertpapiere	428 290,—	Termingelder	189 310,90
Kontokorrentkredite	1 247 262,24	Aufwertungs- und Sparspareinlagen	1 346 108,85
Girodebitoren	36 773,67	Rücklagen	1 346 108,85
Feste Darlehen	4 021 012,33	Aufwertungs- und Sparspareinlagen	509 848,15
Einlage beim Giroverband	129 800,—	Gaagen	250 000,—
Zinsrückstände	143 200,41	Aufgenommene Kapitalien	250 000,—
Vorschüsse und Wiedererfah	5 495,05	Gesetzliche Rücklagen	292 583,51 RM
Gebäude (Feuerberf. An- schlag 266 400,—)	172 500,—	Neingewinn	29 283,09 RM
Büroeinrichtungen	5 297,19	Sonderrücklagen	20 000,—
Übergangsrechnungen	28 470,12	Rückstellungen für Wertpapierbestand	42 829,—
Aufwertungs- und Sparspareinlagen	946 922,53	Bürgschaften	77 500,—
Gaagen	315 439,75	Wechselobligo	202 695,67
Bürgschaften	77 500,—		
Wechselobligo	202 695,67		
	8 495 959,48		8 495 959,48

**Berechnung der gesetzlichen Rücklagen**  
 Nach § 18 der Satzung soll der Reservefonds 5% der Einlagen betragen, das heißt 5% aus 7 571 785,81 RM = 378 589,29 RM  
 Er beträgt 321 866,60 RM  
 Somit weniger 56 722,69 RM  
 Lörrach, den 15. Juli 1932. 5.64  
 Der Vorsitzende: Dr. Grafet, Bürgermeister.  
 Der Geschäftsleiter: Dr. Heiß, Direktor.

Wo hin am Sonntag? **In's Albtal**  
 Warum in die Ferne schweifen? Sieh', das Gute liegt so nah!

**Stttingen:** Wattthalpart, Wanderungen nach dem Vogelsang, Bismarcktäule, Wilhelmshöhe  
**Busenbach:** Abstrandbäder, große schattige Wälder  
**Chentrot:** in nächster Nähe  
**Marzell:** Schöne Waldspaziergänge. Spezialität: Forellen!  
**Herrenalb:** Frei-, Luft- und Schwimmbad. Zentralausgangspunkt für Gebirgswanderungen  
**Vortreffliche elektrische Zugverbindungen**

### Asphaltierungen Isolierungen

führt aus  
**Rheinische Asphalt- und Zementplattenfabrik**  
 G. m. b. H.  
 Karlsruhe-Hafen

### PORPHYRWERK DOSENHEIM

BRUNNEN  
 DOSENHEIM  
 STRASSENBAU-MATERIAL

**Bekanntmachung.**  
 S. 72. Bruchsal. Im Konkurs über das Vermögen der Frau Hermine Sulzberger Wwe., Modewaren in Bruchsal, findet eine Nachtragsverteilung statt. Die verfügbare Masse beträgt 1715,53 RM. Bruchsal, den 22. Juli 1932. Der Konkursverwalter.

S. 73. Bruchsal. Über das Vermögen der Firma Hans Winterhalter, Kurz-, Weiß-, Wollwaren und Herrenartikel in Bruchsal, wurde am 20. Juli 1932, nachmittags 6 1/2 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Rechtsanwalt Dr. Friedmann in Bruchsal wurde zur Vertrauensperson bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist bestimmt auf: Freitag, den 19. August 1932, vormittags 10 Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, I. Stock, Zimmer Nr. 1. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle Zimmer Nr. 15 zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Bruchsal, den 20. Juli 1932. Amtsgericht IV.

**Durlach.** S. 71  
 Güterrechtsregister. Ein- getragen am 16. Juli 1932: Wäizer Alfred, Wirt in Durlach und Margarete geb. Ludwig. Vertrag vom 30. Juni 1932. Gütertrennung. Amtsgericht.



**Badisches Landestheater**  
 Sommer-Operette  
 im Städt. Konzerthaus  
 Sonntag, den 24. Juli 1932

**Die Dollarprinzessin**  
 Operette von H. M. Willner und F. Grünbaum  
 Musik von Leo Fall  
 Dirigent: Jäger  
 Regie: Reihner  
 Mitwirkende: Löfer, Bauer, Schönthaler, Eberl, Loriff, Racher, Schwarz, Schnizer, Kraper, Rehner, Mateo  
 Anf. 19 1/2 Ende geg. 22 1/2, Preise 1—3 RM  
 Montag, den 25. Juli 1932  
 Geschlossene Vorstellung  
**Volksbühne 3**  
 Anfang 20 Ende 23

**Formulare**  
 liefert preiswert  
**G. Braun GmbH.**  
 Karlsruhe  
 Karl-Friedrich-Str. 14  
 Druck G. Braun, Karlsruhe

### Licht- und Kraftversorgung Wiesloch e. G. m. b. H.

Wiesloch  
 Bilanz für den 31. März 1932

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
An Grundstücke	72 467,92	Ver Geschäftsguthaben	2 300,—
Gebäude	379 942,07	Aufwertungen	46 407,10
Betriebsanlagen	982 294,72	Schulden	21 972,67
Außenstände	110 413,43	Hypothek	80 000,—
Barbestand	2 662,09	Bauforschüsse der Gemeinden u. Abnehmer	117 425,04
Warenbestände	39 140,66	Rückstellungen	60 000,—
Sicherheiten	15 230,93	Abrechnungs-, Reserve- und Erneuerungsfonds	907 746,34
	1 586 920,89	Ruhegehalts-, Witwen- und Waisenkasse	150 824,61
		Sicherheiten 15 230,93	
		Gewinn- und Verlustkonto	176 314,92
		Reingewinn	23 930,21
			1 586 920,89

**Gewinn- und Verlustrechnung für den 31. März 1932**

Soll	RM	Haben	RM
An Betriebsausgaben	579 540,24	Ver Betriebseinnahmen	772 972,84
Zinsen	24 991,17		
Steuern und Umlagen	19 436,94		
Zuweisung für das Geschäftsjahr 1931/32 zum:			
1. Rückst.	4050,63		
2. Abschreibungsfonds	71 946,53		
3. Reservefonds I	10 000,—		
Sonderabrechnungen	39 077,12		
Reingewinn	23 930,21		
	772 972,84		772 972,84

**Mitgliederzahl, Geschäftsanteile, Gastschulden**

Mitgliederzahl	Geschäftsanteile	Gastschulden
Stand am 1. April 1931	46	2 300,— RM
Zugang	—	— RM
Abgang	—	— RM
Stand am 31. März 1932	46	2 300,— RM

Wiesloch, den 16. Juli 1932.  
 Der Vorstand.

### Öffentliche Verbandssparkasse Steinen

**Bilanz per 31. Dezember 1931**

Aktiva	RM	Passiva	RM
Rassenbestand	9 426,91	Spareinlagen	544 523,74
Postsparkasskonto	1 791,82	Aufwertungs- und Sparspareinlagen	221 195,86
Banken und Sparkassen	621,—	Giroeinlagen	67 947,63
Wechsel	1 176,10	Guthaben von Banken	22 973,—
Bertpapiere (Reuegesch.)	50 700,—	Aufgenommene Darlehen	2 244,—
Kontokorrentkredite	60 712,50	Gesetzliche Reservefonds	31 000,—
Giro-Soll-Salden	2 801,45	Reingewinn 1931	3 066,60
Einlage b. Spargiroverband	24 000,—	Abale:	4 000,— RM
Feste Darlehen:			
a) Hypotheken	390 316,36		
b) Schuldsch.	88 625,06		
c) Lombard	2 707,—		
d) Grundst. Kaufg.	4 560,—		
	486 208,42		
Aufwertungs- und Sparspareinlagen	164 053,66		
Aufw.-Abrechnungsfondo	25 648,72		
Zinsrückstände	31 420,95		
Verwaltungsgebäude	20 000,—		
Mobilien	3 031,14		
Sonstige Aktiva	1 358,15		
Abale:	4 000,— RM		
	882 950,82		882 950,82

**Gewinn- und Verlust-Rechnung**

Soll	RM	Haben	RM
Zinsen	64 181,52	Zinsen	83 854,33
Verwaltungskosten:		Verwaltungs-einnahmen	1 789,30
a) Verwaltungsgebäude	2 790,71		
b) Pers. Aufw.	8 641,54		
c) Sachl. Aufw.	8 963,26		
Reingewinn 1931	3 066,60		
	85 643,63		85 643,63

**Einleger-Statistik**

	a) Spareinlagen	b) Giroeinlagen	c) Depofund.
Anzahl zu Anfang des Rechnungsjahrs	2 560	145	16
Neu zugegangen sind	115	50	7
zusammen	2 675	195	23
Abgegangen sind	122	14	1
Stand auf Ende d. Rechnungsjahrs	2 553	181	22

**Berechnung der Rücklagen**  
 Gesetzliche Rücklage:  
 Diese soll laut Satzung betragen:  
 8% aus 833 667,22 RM = 66 693,36 RM  
 Auf Ende des Vorjahres betrug die gesetzliche Rücklage 21 000,— RM  
 hierzu Geschäftsgew. v. 1931 3 066,60 RM  
 mithin Festsatzbetrag 42 626,76 RM  
 Steinen, den 12. Juli 1932. 5.67  
 Der Verwaltungsratsvorsitzende: gez. Strübe, Bürgermeister.  
 Der Geschäftsleiter: gez. Schärt.